

«Kindernäschtt füllt eine Lücke»: Regierung soll sich um die Finanzierung der Einrichtung bemühen

Kinderbetreuung Die Basler Regierung soll Möglichkeiten aufzeigen, wie das Betreuungsangebot Kindernäschtt künftig finanziert werden kann. Der Grosse Rat hat gestern einen Anzug mit 66 zu 25 Stimmen überwiesen.

Edibe Gölgeli (SP) und Andrea Strahm (Mitte) fordern in ihrem Vorstoss, dass die Exekutive prüft, welche Anpassungen auf Gesetzes- und Verordnungsebene erforderlich wären, um das Angebot langfristig zu sichern. Mit Ausnahme von LDP und FDP unterstützen sämtliche Fraktionen den Anzug. Befürworterin-



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

nen hielten fest, dass das Kindernäschtt eine Lücke fülle, da auch kurzfristige Anmeldungen möglich sind. Barbara Heer (SP) hielt fest, dass Betreuungsangebote für Eltern mit unregelmässigen Arbeitszeiten nicht gut aufgestellt seien. Catherine Alioth (LDP) sagte hingegen, dass nicht jede gute Idee von Privaten auf Dauer zu einer staatlichen Aufgabe werden solle.

Das von einem Verein getragene Kindernäschtt in der Innenstadt kann zurzeit dank Spenden den Betrieb für ein Jahr weiterführen. Sonst hätte es Ende 2025 schliessen müssen. Grund ist, dass der Kanton seinen Beitrag einstellte.

Die Beteiligung könne nicht weitergeführt werden, da sich der «Bezug zur Wirtschafts- und Standortpolitik im engeren Sinn» nicht mehr begründen lasse, teilte die Regierung im September mit. Im Gegensatz zu Kitas erfülle das Kindernäschtt nicht die Voraussetzungen des Tagesbetreuungsgesetzes. (SDA)